



Doris Achelwilm
Mitglied des Deutschen Bundestages

Doris Achelwilm, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Volkert Ohm
Ekkehard Lentz
IALANA Bremen
IPPNW Gruppe Bremen
DFG-VK Bremen
#aufstehen Bremen

Bundestagsbüro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-73247
Fax: +49 30 227-76893
doris.achelwilm@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bremen:
Doventorstraße 2
28195 Bremen
Telefon: +49 421-1653974
Fax: +49 421-1783980
doris.achelwilm.wk@bundestag.de

Bremen, 08.05.2020

Euer Offener Brief an Bremische Abgeordnete: „Widersetzen Sie sich dem Kauf von 45 F-18-Jets“

Lieber Volkert Ohm, liebe Ekkehard Lentz, liebe Aktive und Mitstreiter*innen,

vielen Dank für Euren Offenen Brief, dessen Forderungen meine Fraktion DIE LINKE im Bundestag und ich teilen und mit zahlreichen eigenen Initiativen seit Jahren einbringen. Unsere Forderungen zum Stopp der nuklearen Teilhabe und gegen die Anschaffung neuer Atombomber-Jets für die Bundeswehr haben wir vor zwei Wochen mit unserem Antrag „Geld für das Gesundheitssystem statt für atomwaffentragende Kampfbomber“ erneut bekräftigt: <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/187/1918750.pdf> (die Unterzeichner*innen sind fachlich zuständige Mitglieder, die anderen Fraktionsmitglieder stehen deshalb nicht drauf). In dem Antrag fordern wir auch, den Beschluss des Deutschen Bundestages vom 24. März 2010 zum Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland umzusetzen.

Zu den jüngsten Äußerungen des NATO-Generalsekretärs Jens Stoltenberg, der sich positiv auf die geplante Anschaffung von Kampfflugzeugen für die nukleare Teilhabe Deutschlands bezieht, erklärte mein Kollege Tobias Pflüger, stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE und verteidigungspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag: „Nukleare Teilhabe heißt, mit dem Einsatz von Atomwaffen zu drohen. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg betont die Logik des Kalten Krieges, wenn er die nukleare Teilhabe weiter forciert.“

Die Pläne von Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, die Tornado-Flotte durch insgesamt 138 neue Kampfflugzeuge zu ersetzen, mit bis zu 93 Eurofighter von Airbus und 45 F-18-Kampfflugzeugen von Boeing, darunter 30 F-18 zur Fortsetzung der nuklearen Teilhabe, sind vor dem Hintergrund der Corona-Krise und angesichts milliardenschwerer Nachtragshaushalte als exzessive Beschaffungsprojekte erst recht fehl am Platz.



Wir fordern ebenfalls, dass Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten muss. Bislang fehlen für diesen überfälligen Schritt aber offensichtlich die politischen Mehrheiten. Wer oder was gesellschaftlich notwendig ist, tritt entgegen vieler Prioritäten der Bundesregierung augenblicklich überdeutlich zu Tage:

Wir brauchen keine neuen Rüstungsprojekte, sondern Investitionen in Bildungseinrichtungen, Krankenhäuser, Pflegepersonal und etliche weitere, aber zivile Projekte. Viele Menschen bangen um ihre Jobs etwa in der Gastronomie oder in der Kulturszene, fallen durch Hilfsraster oder erstmals in die Grundsicherung, geraten dank des knapp bemessenen Kurzarbeitergeldes in ernsthafte finanzielle Engpässe und Existenzsorgen, erfahren als Eltern und Kinder beim Homeschooling zu wenig Unterstützung, leiden unter der Fallpauschalen- und Profitfixierung im Gesundheitssystem. An all diesen Stellen muss jetzt investiert werden, nicht in neue milliarden schwere Rüstungsprojekte.

DIE LINKE lehnt die geplante milliarden schwere Anschaffung von Kampfflugzeugen selbstverständlich ab, ausdrücklich auch die Fortsetzung der nuklearen Teilhabe.

Mit solidarischen Grüßen

Doris Achelwilm